

Kleine Anfrage

des Abg. Karl Rombach CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

**Investitionen baden-württembergischer
Industrieunternehmen**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist ihr bekannt, in welchem Umfang baden-württembergische Industrieunternehmen beabsichtigen, im Jahr 2012 im Ausland zu investieren?
2. Welche Länder sind ihrer Kenntnis nach Schwerpunkte dieser Investitionsabsichten?
3. Wie wird sie sich dafür einsetzen, dass Welthandelsabkommen eingehalten und protektionistische Investitionshindernisse ausgeräumt werden?
4. Ist ihr bekannt, in welchem Umfang baden-württembergische Industrieunternehmen beabsichtigen, im Jahr 2012 im Inland zu investieren?
5. In welchen Branchen spielen nach ihrer Kenntnis die Kostennachteile in Baden-Württemberg (z. B. bei Energie- und Rohstoffpreisen) eine Rolle für Investitionsentscheidungen gegen Baden-Württemberg und für ausländische Standorte?
6. In welchem Umfang spielt der Fachkräftemangel in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis eine Rolle für Investitionsentscheidungen zugunsten ausländischer Standorte?

30. 04. 2012

Rombach CDU

Begründung

Die Investitionstätigkeit baden-württembergischer Industrieunternehmen wird in manchen Ländern durch nationalen Protektionismus behindert. Im Inland wirken Kostennachteile und der Mangel an Fachkräften nachteilig auf Investitionsentscheidungen. Die Landesregierung wird aufgefordert zu berichten, wie sie in ihrer Industriepolitik auf diese beiden Herausforderungen reagiert.

Antwort

Mit Schreiben vom 18. Mai 2012 Nr. 66-4250.1/1081/1 beantwortet das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Über Investitionsabsichten gibt es keine Statistiken. Die nachfolgenden Angaben sind im Wesentlichen einer Befragung (Mai 2011) der IHK Region Stuttgart entnommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist ihr bekannt, in welchem Umfang baden-württembergische Industrieunternehmen beabsichtigen, im Jahr 2012 im Ausland zu investieren?

Zu 1.:

Mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 hat die Wirtschaft des Landes in den vergangenen zehn Jahren ihre Auslandsinvestitionen stets gesteigert. Im Jahr 2012 plant ein knappes Drittel (31 %) der befragten Unternehmen im Ausland zu investieren. 43 % der investitionswilligen Betriebe beabsichtigt mehr als im Vorjahr zu investieren, knapp die Hälfte (48 %) plant im gleichen Umfang wie 2011 zu investieren, während 9 % der Befragten 2012 weniger investieren wollen als im Vorjahr.

2. Welche Länder sind ihrer Kenntnis nach Schwerpunkte dieser Investitionsabsichten?

Zu 2.:

Die von der IHK Region Stuttgart zur Verfügung gestellten Daten sind stark verdichtet, die Länder sind in Regionen zusammengefasst (Ausnahme: VR China ist eine eigene Region).

Die befragten Unternehmen wollen 2012 in folgenden Regionen investieren:

- 53 % in China
- 49 % in Ländern der „alten“ Europäischen Union (EU 15)
- 43 % in Asien ohne China
- 36 % in Nordamerika
- 36 % in EU-Beitrittsländern
- 33 % in Lateinamerika
- 25 % in GUS-Ländern
- 21 % in Südosteuropa
- 9 % in anderen Ländern.

3. *Wie wird sie sich dafür einsetzen, dass Welthandelsabkommen eingehalten und protektionistische Investitionshindernisse ausgeräumt werden?*

Zu 3.:

Welthandelsabkommen werden auf internationaler Ebene verhandelt. Hier ist Deutschland durch die Bundesregierung und die EU vertreten.

Naturgemäß kann die Landesregierung nur indirekten Einfluss auf die Einhaltung von Welthandelsabkommen und auf die Beseitigung von Investitionshindernissen nehmen. Im Sinne eines beidseitigen Nutzens sowohl für die exportorientierten baden-württembergischen Unternehmen als auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Partnerlandes wirbt die Landesregierung weiterhin mit Nachdruck für den Abbau von Handels- und Investitionshindernissen. Sie nutzt dazu häufig Kontakte mit ausländischen Regierungsvertretern, vor allem im Rahmen der politischen Begleitung von Wirtschaftsdelegationsreisen, um Sachverhalte, die den Handelsaustausch erschweren und ausländische Investitionen hemmen, in politischen Gesprächen mit Repräsentanten des jeweiligen Staates zu thematisieren.

4. *Ist ihr bekannt, in welchem Umfang baden-württembergische Industrieunternehmen beabsichtigen, im Jahr 2012 im Inland zu investieren?*

Zu 4.:

Auch die Inlandsinvestitionen sollen im Jahr 2012 merklich steigen, wengleich nicht ganz so stark wie im Jahr 2011. Lediglich 7 % der befragten baden-württembergischen Unternehmen planen im laufenden Jahr 2012 keine Investitionen im Inland zu tätigen. Von den 93 %, die 2012 investieren wollen, gaben bei der IHK-Befragung 31 % an, sie planten 2012 höhere Inlandsinvestitionen als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (55 %) erklärte, im gleichen Umfang wie im Vorjahr investieren zu wollen und nur 14 % haben ihr Investitionsbudget 2012 gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Nach den Feststellungen der IHK Region Stuttgart verfügen im Ausland aktive Unternehmen in der Regel über merklich höhere Investitionsbudgets als Unternehmen, die nur im Inland tätig sind. Entsprechend investieren die im Ausland aktiven Unternehmen auch meist mehr, als Unternehmen, die nur im Inland tätig sind. Im Übrigen bewirken steigende Auslandsinvestitionen auch einen steigenden Personalbedarf im Inland.

5. *In welchen Branchen spielen nach ihrer Kenntnis die Kostennachteile in Baden-Württemberg (z. B. bei Energie- und Rohstoffpreisen) eine Rolle für Investitionsentscheidungen gegen Baden-Württemberg und für ausländische Standorte?*

Zu 5.:

Die Gründe für Auslandsinvestitionen sind unterschiedlich. Bei der aktuellen Befragung der IHK Region Stuttgart wurden an erster Stelle der Ausbau von Vertrieb und Kundendienst als Grund für die Auslandsinvestitionen genannt (55 %). Als zweithäufigster Grund für Auslandsinvestitionen wurde der Aufbau einer Produktion zum Zwecke der besseren Markterschließung angegeben (39 %). Erst an dritter Stelle (35 %) wurde Kostenersparnis als Grund für geplante Auslandsinvestitionen genannt.

Auch aus anderen Untersuchungen und Befragungen ist bekannt, dass Kostenersparnis nur eines von mehreren Motiven für Auslandsinvestitionen ist. Es gibt jedoch keine ausreichende Datenbasis, um für Baden-Württemberg belastbare Aussagen über die Bedeutung dieses Motivs nach Branchen abzuleiten.

Bei Rohstoffen, die weltweit gehandelt werden, sind länderspezifische Kostenunterschiede begrenzt und damit kaum entscheidungsrelevant. Bei den Energiekosten ist das Bild differenzierter. Bei Unternehmen mit energieintensiven Fertigungsprozessen dürften die standortspezifischen Energiekosten durchaus eine gewichtige Rolle bei Standortentscheidungen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit spielen.

6. In welchem Umfang spielt der Fachkräftemangel in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis eine Rolle für Investitionsentscheidungen zugunsten ausländischer Standorte?

Zu 6.:

Der Fachkräftemangel spielt derzeit eine eher untergeordnete Rolle bei Investitionsentscheidungen zugunsten ausländischer Standorte. Dies bestätigt z. B. eine Studie der IW Consult aus dem Jahr 2011. Nach dieser Studie rangiert eine stärkere Internationalisierung als Maßnahme zur Fachkräftesicherung bei den befragten Unternehmen in Baden-Württemberg mit 23 Prozent auf Platz 11. Auch nach der aktuellen Veröffentlichung der IHK Region Stuttgart ist der Engpass an Fachkräften nur für jedes zehnte Unternehmen Grund im Ausland zu investieren. Im Rahmen strategischer Überlegungen zur mittel- und langfristigen Entwicklung von Unternehmen kommt der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte eine große Bedeutung zu. Dabei geht es nicht nur um die Gründung ausländischer Unternehmensstandorte sondern auch um Entscheidungen zur Fertigungstiefe, d. h. zur Frage, Komponenten bzw. Halbfertigprodukte aus dem Ausland zu beziehen anstatt sie am heimischen Standort selbst zu produzieren.

Damit insbesondere den mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg auch in Zukunft ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen, wurde im Dezember 2011 unter Federführung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft die Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg gegründet. Partner in dieser Allianz sind die Wirtschaftsorganisationen, die Gewerkschaften, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Spitzenverbände, die regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften, der Landesfrauenrat und das Land. Die Allianzpartner haben sich auf zehn Ziele zur Sicherung des Fachkräfteangebots verständigt. Die Zielerreichung wird regelmäßig anhand von Messgrößen evaluiert. Aufbauend auf bereits erfolgreich laufenden Einzelmaßnahmen der Partner, entwickelt die Fachkräfteallianz derzeit gemeinsame zusätzliche Maßnahmen für ein Fachkräfteprogramm.

Dr. Nils Schmid

Minister für Finanzen und Wirtschaft